Tägliche R

# Die Lebensmittelversorgung Berlins.

**Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung.**

Fragen der Lebensmittelversorgung standen in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Erörterung. Diese wurde eingeleitet durch eine Anfrage der sozialdemokratischen Gruppe, dahingehend: „Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu tun, um auf Maßregeln gegen die unerträglich gewordene Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel hinzuwirken?"

Von den Stadtv. Cassel, Dove, Mommsen, Körte, Heimann und Wurm ist hierzu folgender dringliche Antrag eingegangen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung durch geeignete Vorstellungen dahin zu wirken, daß

1) die bei den vorhandenen Vorräten ungerechtfertigte übermäßige Preissteigerung von Lebensmitteln, insbesondere von Fleisch, Vieh, Butter, Milch, Käse, Fetten und Kartoffeln, durch geeignete Maßnahmen, namentlich durch festgesetzte einheitliche Höchstpreise, abgestuft nach Preisbezirken, Bestandaufnahmen, Beschlagnahmen und Enteignungen, sowie Verhinderung von Verboten der Ausfuhr in das deutsche Inland, seitens einzelner deutscher Staaten und Landesteile beseitigt,

2) für die Zuführung dieser Lebensmittel zu angemessenen Preisen und in erforderlichem Umfange auch an die städtischen Gemeinden besorgt und

3) alle diese Maßnahmen von einer Reichszentralstelle aus geleitet werden.

Zur Begründung der Anträge erhielt zunächst der Stadtverordnete Wurm (Soz.) das Wort, der eindringlich auf den durch die hohen Lebensmittelpreise hervorgerufenen Notstand hinwies. Dieser Notstand ist dadurch entstanden, daß noch immer an dem wirtschaftlichen Grundsatz der Preisbildung nach Angebot und Nachfrage auch jetzt in Kriegszeiten festgehalten wird, daß der Krieg von vielen Leuten als gute Geschäftsgelegenheit und Weg zu hohen Profiten betrachtet wird. Der Redner fordert Eingreifen der Staatsgewalt, denn die Macht der Gemeinden ist beschränkt. Das Reich muß von einer Zentralstelle die ganze Materie ordnen und regeln. Die Gesundheit des Volkes darf nicht von den Wucherern untergraben werden!

Als zweiter Redner führte Stadtverordneter Cassel (A. L.) aus, daß die Teuerung nicht nur die Arbeiter bedrücke, die vielfach zu erhöhten Löhnen arbeiten, sondern auch die kleinen Beamten und den Mittelstand. Die Klagen über die Teuerung sind nicht nur Klagen einzelner, sondern der gesamten Bevölkerung. Wenn die Teuerung unvermeidlich wäre, würde das opferwillige Volk alle nur denkbaren Opfer bringen, aber es muß eine große Erbitterung erregen, wenn man der Meinung ist, daß diese Opfer nicht nötig sind, oder doch über das nötige Maß hinausgehen, angesichts der vorhandenen großen Vorräte. Es ist gewiß falsch, was in feindlichen Blättern behauptet wird, daß wir in Deutschland am „Hungertuche" nagen; aber es ist nicht zu bestreiten, daß wichtige Nahrungsmittel eine ungemessene Preishöhe erreicht haben. Redner führt einzelne Fälle an und findet dann ebenfalls, daß die Leitung der ganzen Maßnahmen in der Hand der Reichsregierung liegen muß; es scheint ihm aber fast, als ob sich schon gewisse Einflüsse gegen diesen Gedanken geltend machen. Wenn die Reichsregierung die erforderlichen Maßnahmen trifft, wird ganz sicher der Magistrat in Verbindung mit der Versammlung die volle Pflicht und Schuldigkeit tun. Der Antrag wird durch einstimmige Annahme seine Wirkung hoffentlich nicht verfehlen, und die Versammlung darf hoffen, daß die Regierung sich in den angegebenen Bahnen bewegt!

**Oberbürgermeister Wermuth:**

Die Zeit verlangt, daß gehandelt wird. Ich will mich nach Möglichkeit der allgemeinen Betrachtungen enthalten, zumal vor wenig Wochen Gelegenheit war, die Grundsätze ausführlich darzulegen, die der Magistrat bei der Lebensmittelversorgung Berlins wie der großen Städte überhaupt für die richtige hält. Jetzt scheinen ja ähnliche Grundsätze sich Bahn zu brechen. Wir sehen Taten geschehen und sich vorbereiten. Mögen sie umfassend genug und gut gewählt sein; wir selbst, die Gemeinden, werden dann unser eigenes Vorgehen, das wir bis an die uns gesteckten Grenzen auszudehnen immer bemüht waren, um so wirksamer gestalten können.

Die positive Auskunft, die die vorliegende Anfrage verlangt, läßt sich, wie auch der soeben eingebrachte Antrag erkennt, nur geben, wenn man jedes der wichtigeren Lebensmittel für sich behandelt. Ich beginne mit

**Milch und Butter,**

welche jetzt im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Die Produktion und der Handel sind zu einer Erhöhung der Milchpreise übergegangen, welche wir in diesem Maße nicht für berechtigt halten. Sie dürfte durchschnittlich 40 bis 50 v. H. betragen. — Der Butterpreis aber ist noch weit stärker gestiegen und hat seine natürliche Relation zum Milchpreise bedeutend überschritten. Das kommt besonders daher, weil der ausländische Butterpreis weit mehr auf die Gestaltung des inländischen einwirkt, als er es nach dem Verhältnis der Einfuhr zur inländischen Erzeugung tun dürfte. Das schraubt den Preis für inländische Butter in ganz unnatürlicher Weise in die Höhe, verleitet zu künstlicher Steigerung der Buttererzeugung und schadet somit auch der Befriedigung des Milchbedarfs. (Sehr richtig!) Wenn die ausländische Butter ihre ungesunde Preisentwicklung beibehält, ist es nötig, daß das Reich den Ankauf der ausländischen Butter in die Hand bekommt und so dafür sorgt, daß der inländische Preis seine ruhigen Wege geht. Daneben aber sind

**Höchstpreise für die gesamte Butter und für das gesamte Reich**

unbedingt und dringlichst erforderlich. — Beides haben wir in voriger Woche nochmals dringlich beim Reiche beantragt. Es ist dann von dem Herrn Oberbefehlshaber in den Marken am 16. d. M. der Höchstpreis zunächst nur für Berlin und die Provinz Brandenburg auf 2,80 M. bestimmt worden mit dem Zusatz, daß Maßnahmen der Reichs- und Staatsregierung zur Regelung der Preisbewegung am Buttermarkt bevorstehen. Wir hoffen auf das lebhafteste, daß diese Maßnahmen mit der größten Beschleunigung und Energie ergehen und daß sie das ganze Reich ergreifen. Sonst könnte eine sehr schädliche Isolierung des Berliner Wirtschaftsgebietes eintreten.

Die Nachrichten, daß hier große Buttervorräte lagern, die in wucherischer Absicht zurückgehalten werden, sind nach von uns und den Polizeibehörden angestellten, sehr umfassenden und sorgfältigen Erhebungen nicht begründet. (Hört, hört!) Die Isolierung Berlins kann noch stärker werden, wenn einzelne Gegenden versuchen, sich durch Ausfuhrverbote ihren Ueberfluß an Milch und Butter zu sichern und den Abschluß namentlich nach Berlin zu verhindern. Auch ich muß mit den Vorrednern sagen: solche Ausfuhrverbote laufen den heiligsten Geboten der Kriegswirtschaft zuwider. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir verlangen eine gleichmäßige Verteilung aller Nahrungsmittel über das ganze Reich. (Sehr gut!) Wenn nun statt dessen sogar bestimmte Gegenden ihren Ueberfluß zurückhalten, dann bilden sich gegen den Artikel 33 der Reichsverfassung im Reiche eine Anzahl gesonderter Wirtschaftsgebiete (Sehr wahr!), von denen die Leidtragenden, darunter besonders auch die Reichshauptstadt, dann schließlich von jeder Versorgung ganz abgeschlossen sein würden. Daß wir unsere Versorgungsfangarme weithin ausstrecken, auch in andere Provinzen, ergibt sich aus der Natur der Sache. Gegen solche Maßregeln muß energisch Verwahrung eingelegt werden, wie wir das unausgesetzt getan haben. Ich betone besonders, daß die Zentralbehörden, sowohl die militärischen wie die zivilen, hier vollständig unsere Auffassung teilen. Was unsere engere Heimat anlangt, so sind wir unablässig bestrebt, für unsere Abmelkewirtschaften, welche täglich etwa 100 000 Liter Milch erzeugen, und für unsere Versorgung mit Kinder- und Säuglingsmilch von der allergrößten Bedeutung sind, die genügenden Mengen Futtermittel zu erhalten. Wir wollen und dürfen unsere Molkereiwirtschaft nicht eingehen lassen. (Sehr richtig!) Unser Bedarf an Kinder- und Säuglingsmilch sowie an Milch für Kranke muß über jeden Zweifel herausgehoben werden. Der Magistrat beginnt frühzeitig damit, indem er Ihnen schon jetzt vorschlägt, Milchkarten für Kinder einzuführen. Ob das Publikum das Bedürfnis empfinden wird, von dieser Einrichtung alsbald in vollem Umfange Gebrauch zu machen, steht dahin; aber die Erfahrung hat gelehrt, daß bei solchen Teilmaßregeln, wie auch der Zusatzbrotkarte, einige Zeit dazu gehört, um die Einrichtung einzubürgern. Wir beginnen deshalb frühzeitig, um für etwaige ernstere Zeiten gerüstet zu sein. (Sehr gut!) Ihren festen und besten Kern wird diese Maßregel erst dann erhalten, wenn neben der Sicherung des Bedarfs auch Vorzugspreise für Kindermilch gewährt werden können. Voraussetzung für einen Vorzugspreis ist aber erst wieder die Festsetzung eines Regelpreises,

**eines Höchstpreises für Milch**

für das ganze Reich. (Sehr richtig!) Der beste Wille der Gemeinden genügt nicht, wenn nicht das Reich die erforderliche Unterlage gewährt. (Sehr richtig!) Sollte, wie man vernimmt, von Reichs wegen beabsichtigt werden, für Butter und, wie wir bestimmt erwarten, auch für Milch zunächst einen Berliner Grundpreis festzusetzen, welcher dann nach der Wirtschaftslage für die einzelnen Gegenden des Reiches nach oben oder unten abgestuft wird, so erwächst dem Reich damit eine sehr schwierige und verantwortliche Aufgabe. Denn jede der Wirtschaftslage nicht ganz genau entsprechende Abstufung kann wieder dahin führen, daß ein Zustrom nach den Gegenden mit zu hohen und ein Abstrom von denen mit relativ niedrigen Preisen stattfindet. Das kann